

## Drohender Ökozid

Zu: „Die rettende Wiedergeburt“, FR-Feuilleton vom 12. November

Es ist zu hoffen, dass Habermas mit seinem monumentalen Alterswerk über das Verhältnis von Glauben und Wissen die traditionelle Philosophie zum Abschluss gebracht hat.

Denn wo waren die Philosophen, als die Menschen ihre Seinsgrundlage zerstörten, und wo die Theologen, als sie sich die Erde untertan machten?

Um dem Ökozid zu entgehen, braucht es vermutlich ein ganz anderes Seinsverständnis.

Gerd Ohlhauser, Darmstadt

## Teures Erbe

Zu: „Satire-Offensive gegen den Hochadel“, FR-Politik v. 20. 11.

Wie ist das eigentlich? Steht mir und einigen Millionen anderer Menschen als Geschädigten (beziehungsweise Erben oder Erbinnen von solchen) eigentlich Schadenersatz von dem Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte im Ersten Weltkrieg zu?

In diesem Krieg fiel mein Großvater väterlicherseits und hinterließ eine Witwe mit Schulden (Start eines Bauernhofs) und drei minderjährigen Kindern.

Mein Großvater mütterlicherseits wurde frühzeitig als Folge des Krieges erwerbslos.

Friedrich Wilhelm II. von Hohenzollern und seine Erben werden dafür (und für die begangenen Kriegsverbrechen wie Bruch der belgischen Neutralität) nicht finanziell in die Pflicht genommen?

Frieder Held, Blaustein-Dietingen

## Uns geht ein Licht auf

„Wir nutzen Ökostrom und bieten essbare Strohhalme“, FR-Region, 15.10.

Jetzt muss es mal raus, denn auch wenn man es tagtäglich liest, es bleibt falsch, und ich gewöhne mich nicht daran:

1. Strohalm: Gemeint sind Trinkhalme, denn Strohhalme gibt es schon lange nicht mehr; vielleicht wieder, wenn wir plastikfrei und nachhaltig werden.

2. Glühbirne: Noch mal zum Lernen: Was leuchtet in der Leuchte, ist die Lampe oder das Leuchtmittel, und ergo ist das gemeinte Leuchtmittel eine Glühlampe und keine Glühbirne.

3. E-Bike: Hat jemand schon einmal eines gesehen? Ich noch nicht! Die fahren bis zu 45 km/h und sind zulassungs- und versicherungspflichtig. Gemeint sind eigentlich ausnahmslos Pedelecs.

Warum schreibt die FR dann nicht die korrekte Bezeichnung? Michael Borrman, Maintal



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Peter Hanack** moderiert die Preisverleihung an die Science-Tours im Regionalpark Rhein-Main durch die UN-Dekade Biologische Vielfalt. Die Touren mit Wissenschaftlern der Goethe-Universität machen den Regionalpark zum Outdoor-Klassenzimmer.

**Freitag, 29. November, 10 Uhr Regionalparkportal Weilbacher Kiesgruben, Frankfurter Straße 76, Flörsheim**

**Lutz Büge** liest aus seinem neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“. Anschließend Diskussion und Gelegenheit zum Signieren. Eintritt: acht Euro.

**Freitag, 29. November, 20 Uhr Frankfurter Autorentheater in der Hausener Brotfabrik, Bachmannstr. 2-4, Frankfurt**

**Stephan Hebel** moderiert die Buchpräsentation von Christoph Butterwegge: „Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland“. Mit Janine Wissler (Die Linke) und Norbert Walter-Borjans (SPD).

**Montag, 2. Dezember, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

**Bascha Mika** hält einen Impulsvortrag zum Thema „Demokratie in Gefahr? Das neue Ostmitteleuropa“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Revolution! 1989 – Aufbruch ins Offene“ und diskutiert anschließend auf dem Podium mit Basil Kerski (Magazin „Dialog“), Noémi Kiss (Schriftstellerin) und Thomas Kralinski (Staatssekretär des Landes Brandenburg). Eintritt frei.  
**Dienstag, 3. Dezember, 18 Uhr Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, Berlin**

## Rückschlag für demokratisches Engagement

Zu: „Finanzamt entzieht Antifaschisten Gemeinnützigkeit“, FR-Politik; „Demokratie im Zangengriff“, FR-Meinung, 23. 11.

### Kämpferischer Markenkern

Ein globaler Rechtsruck ist anhand vieler Vorgänge festzumachen. Der „neoliberalisierte“ Kapitalismus – auch nett und wertfrei „Globalisierung“ genannt – gebiert immer neue Monster. In südamerikanischen Ländern kostet das gegenwärtig vielen Menschen das Leben. Hierzulande hetzt eine völkisch-nationale AfD ausländerfeindlich mit bis zu 25 % Zustimmung, und die sich dagegenstemmenden schwachen linken Strukturen werden mit Entzug der Gemeinnützigkeit ihrer finanziellen Basis beraubt.

Jetzt ist nach „Attac“ der verdienstvollen VVN/Bund der Antifaschisten die Gemeinnützigkeit entzogen worden. Einer Organisation, die sich seit jeher dem „Gedanken der Völkerverständigung“ in der Praxis und verbandlichen Arbeit verbunden fühlt. Daneben fördert dieser Antifa-Bund weitere explizit steuerlich anerkannte gemeinnützige Zwecke: „Förderung internationaler Gesinnung (...)“ und des Völkerverständigungsgedankens; „Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge (...)“; „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“.

Dass die Erwähnung als „extremistisch“ in einem Verfassungsschutzbericht eines Bundeslandes (Bayern) eine steuerlich so weitgehende Entscheidung eines Berliner Finanzamts (für Körperschaften) möglich macht, kann ich ernsthaft nicht nachvollziehen. Nachweislich hat gerade die VVN/Bund der Antifaschisten die Steuervergünstigungen, die die Abgabenordnung benennt, verdient. Die Ziele, die die VVN versucht zu erreichen, können gerade nicht „unpolitisch“ erreicht werden; es gibt keine „unpolitische“ Völkerverständigung und Demokratieförderung. Die tagtägliche Bekämpfung menschenverachtender Nazi-Ideologie und -Ideologen ist quasi der „Markenkern“ der VVN.

Es müssen auch heute die Gründe benannt werden, warum der „Schoß noch fruchtbar ist“. Und dazu gehört auch „Antikapitalismus“, der den „Antifaschismus“ erst nachvollziehbar macht.

Dieses Engagement als „extremistisch“ zu diffamieren, wie es die bayerischen Schlapphüte tun, begünstigt das Wachsen und die Zunahme von Rechtsextremismus, der zuletzt in Halle mörderisch unterwegs war. Die skandalöse Berliner Finanzverwaltungsentscheidung, die den bayerischen Verfassungsbericht bemüht, muss schleunigst kassiert werden, damit sich die VVN voll ihrer eigentlichen antifaschistischen Arbeit widmen kann!

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

### Unerlässliche Arbeit gegen rechts

Diese Attacke ist ein Schlag in die Magengrube. Wird nicht von der SPD fast täglich darauf hingewiesen, wie geradezu unerlässlich die Gruppen sind, die sich mit ihrer Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und andere rechtslastige Vereinigungen wenden?

Es kann nicht im Sinne der Demokraten sein, dass nun auch der Vereinigung der Naziverfolgten die Gemeinnützigkeit abgesprochen wird. Besonders hinterhältig der Einzug sehr hoher Beträge für Rückzahlungen an die Steuer. Das Entsetzen über Finanzminister Olaf Scholz, der anscheinend das Geschichtsbuch nicht gelesen hat, wird hoffentlich riesengroß sein!

Heide Dorfmueller, Düsseldorf

### Militärisch-strategische Neuausrichtung?

Es ist einfach skandalös, wenn die Finanzverwaltung nach Attac und Campact jetzt auch noch der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit entziehen will. Eine Organisation, die sich seit Jahrzehnten gemeinnützig für Frieden und gegen Faschismus einsetzt.

## Kein Handy vor elf!

Zu: „Smartphones für arme Kinder“, FR-Politik vom 8. November

Dank der smarten Bundestagsfraktion der Grünen weiß ich jetzt endlich, was Kindern aus armen Familien am meisten fehlt. Hatte ich immer gedacht, es ginge darum, soziale Ungleichheit politisch zu bekämpfen und den Familien und Kindern ein besseres Leben, Teilhabe und Entwicklungsperspektiven zu ermöglichen, habe ich jetzt verstanden, dass Laptops oder Smartphones „ins soziokulturelle Existenzminimum von Kindern“ gehören. Diese sollen „die Potenziale der Digitalisierung positiv für sich nutzen können“, also Armut, Benachteiligung und ihre desolate Lebenssituation mit Youtube-Videos, Ballerspielen und permanenter Berieselung möglichst schnell vergessen.

Mal abgesehen davon, dass gerade in ärmeren Familien bereits eine übermäßige und unkritische Mediennutzung besteht und dass es dort vermutlich gar nicht unbedingt an Smartphones mangelt, halte ich diese Forderung der Grünen-Fraktion für sehr problematisch. Statt personelle und finanzielle Ressourcen für Bildungs- und Betreuungsangebote, soziale Hilfen, Sport, gesunde Ernährung und pädagogische Beziehungsarbeit bereitzustellen, fordern die Grünen ein weiteres Investitionsprogramm zur Förderung von Apple, Google und Facebook.

Es wäre sicher sinnvoll, die Grünen-Fraktion über die Erkenntnisse des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) zu informieren. Viel-

leicht fängt die grüne Digitalisierungslobby zumindest mal damit an, Risiken und Nebenwirkungen der „Frühdigitalisierung“ überhaupt wahrzunehmen.

So stellten 79 % der Kinderärztinnen eine Zunahme sozialer Auffälligkeiten bei Kindern fest, 66 % diagnostizierten aufgrund erhöhter Mediennutzung vermehrt motorische Defizite, 59 % Lernentwicklungsstörungen. Der BVKJ empfiehlt: „Kein Handy vor 11 Jahren.“

Die Absicht der Finanzverwaltung ist klar: Organisationen, die sich kritisch bis ablehnend zur Militarisierung der Gesellschaft verhalten, sollen kaltgestellt werden, im Gegensatz zu denen, die militärisch fördernd unterwegs sind. Das ist ganz im Sinne der deutschen Kapitalinteressen, speziell der Rüstungsindustrie, und von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, die bei der Bevölkerung für „die geplante militärisch-strategische Ausrichtung „eine gewisse Entwöhnung“ feststellt, die wieder rückgängig gemacht werden müsse (FR vom 12. November).

Wenn wir eines ganz sicher nicht brauchen, dann ist es die staatliche Förderung von Organisationen wie der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik“. Manfred Heinzmann, Mörfelden-Walldorf

Die gesellschaftliche Realität sieht natürlich längst anders aus, umso wichtiger wäre aber ein kritischer Diskurs über digitale Medien, Kinder und die Verantwortung von Eltern, Gesellschaft und Politik.

Hermann Roth, Frankfurt